

ZWISCHEN GROSSEN NACHBARN

Polen und die deutsch-russischen Beziehungen

Łukasz Wojcieszak

Die deutsch-polnischen Beziehungen werden von denen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation wesentlich beeinflusst. Obwohl es in der Vergangenheit zwischen diesen Ländern oft zu Auseinandersetzungen kam, gibt es heutzutage zwischen ihnen in vielen wichtigen Bereichen eine Zusammenarbeit. Diese wird manchmal als „strategische Partnerschaft“ bezeichnet und ist ein Beispiel für eine fruchtbare Kooperation zweier, in vieler Hinsicht verschiedener Staaten. Besonders relevant ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit, vor allem in der Energiewirtschaft. Diese führte aber zu vielen Konflikten zwischen den EU-Mitgliedstaaten, da einige Staaten daraus negative Konsequenzen für sich befürchteten. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland werden in Polen äußerst aufmerksam beobachtet. Dem polnischen Staat liegt sehr daran, dass die deutsch-russische Zusammenarbeit die eigenen Interessen nicht konterkariert.

Der vorliegende Beitrag analysiert die Folgen der deutsch-russischen Zusammenarbeit im Bereich der Energiewirtschaft, vor allem in Bezug auf die Ostseepipeline. Dieses geplante Projekt ist sowohl für die Staaten wichtig, die an der Ostsee liegen als auch für diejenigen, die russische Energieträger importieren. Stellt Russland seine Gaslieferungen ein, können Polen und einige andere Staaten (z.B. die baltischen Republiken) in eine schwierige Lage geraten, weil sie nicht über genügend alternative Energiequellen verfügen. Polen importiert ca. 9 Milliarden Kubikmeter Gas jährlich (davon kommen 6 Milliarden Kubikmeter aus Russland). Experten sind sich darin einig, dass der Gasimport ständig wachsen wird, weil man sowohl in Polen als auch in anderen Ländern Europas immer mehr Gas verbrauchen wird.¹ Wenn sich also Deutschland und Russland durch die Ostseepipeline verbinden, kann dies eine Bedrohung für die Energiesicherheit Polens werden.

¹ D. Malinowski, *Czy Polska jest skazana na rosyjski gaz?*, „Nowy Przemysł“ vom 8. Oktober 2007, verfügbar auf: <http://www.bankier.pl/wiadomosc/Czy-Polska-jest-skazana-na-rosyjski-gaz-1645696.html> (abgerufen am 30.12.2007).

Entstehungsgeschichte und Grundlagen für die Zusammenarbeit

Es ist unmöglich, die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland zu verstehen, wenn man die Geschichte beider Länder nicht kennt.² Infolge der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg wurde 1949 auf dem von der UdSSR besetzten Gebiet die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet. Im September desselben Jahres entstand aus den US-amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland (BRD). Die Wende im Jahre 1989 führte zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Für die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland war die gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung aus dem Jahre 1989 von großer Bedeutung. In diesem von Helmut Kohl und Michael Gorbatschow unterzeichneten Dokument haben die beiden Staaten beschlossen, gute Beziehungen zueinander zu unterhalten und die Zusammenarbeit auszubauen. Kurz nachdem Michael Gorbatschow der deutschen Wiedervereinigung im Zwei-plus-Vier-Vertrag zustimmte, löste sich die UdSSR auf. Rechtsnachfolger der Sowjetunion wurde die Russische Föderation. Auf ihrem Gebiet lebten die meisten Einwohner und befanden sich die meisten Industriezentren der Sowjetunion. Deutschland als der mächtigste Staat in der EU wusste, welche Bedeutung die Zusammenarbeit mit dem östlichen Partner hat. Ein wesentlicher Schritt in Richtung guter Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland war der deutsch-sowjetische Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit im Jahr 1990, durch den man die bilateralen Beziehungen und die Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen ausbauen wollte. Infolge der Veränderungen in Europa nach 1989 kam es zwischen Deutschland und Polen³ sowie zwischen Polen und der UdSSR zur Unterzeichnung von Verträgen, die die Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Warschau mit Berlin und Moskau bildeten. Obwohl sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland u.a. durch die Intervention in Tschetschenien verschlechterten, verlief die Zusammenarbeit unter der Kohl-Regierung zufrieden stellend. Für die deutsch-russischen Beziehungen ist der Handel mit Energieträgern von besonderer Bedeutung. Deutschland wie auch die anderen EU-Mitgliedstaaten brauchen – obwohl nicht in gleichem Maße – vor allem das russische Erdgas.

² In den deutsch-russischen Beziehungen gab es sowohl Zeiten des Friedens und des Krieges. Dabei war ihre Politik dem polnischen Staat gegenüber wichtig. Ende des 18. und im 19. Jahrhundert war die Kooperation zwischen Russland und Preußen sehr erfolgreich – als Besatzungsmächte Polens. Die Schwäche des Bündnisses wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges offenbar. Nach einer kurzen Phase der Kooperation zwischen der Weimarer Republik und der UdSSR (Vertrag von Rapallo) sowie zwischen letzterer und dem Dritten Reich (Molotow-Ribbentrop-Pakt, infolge dessen die Aufteilung Polens zwischen ihnen beschlossen wurde), folgte eine Zeit intensiver Feindschaft. Diese begann am 22.06.1941 mit dem deutschen Angriff auf die UdSSR, der zur Teilung und Besetzung Deutschlands u.a. durch die Sowjetunion führte. So entstand die DDR, die ebenso wie der Volksrepublik Polen von Moskau abhängig war.

³ Erwähnenswert ist hier ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Anerkennung der zwischen ihnen bestehenden Grenze, der am 14. November 1990 geschlossen wurde, sowie die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit in Bonn am 17. Juni 1991.

Das heutige Russland verdankt seine Position u.a. seinen auf dem Weltmarkt stark gefragten Rohstoffen Erdöl und Erdgas. Dieser Reichtum an strategischen Rohstoffen hat auch maßgeblichen Einfluss auf die Beziehungen zu anderen Staaten. Nach der Finanzkrise im Jahre 1998 und dank der hohen Erdölpreise entwickelte sich die Erdölbranche zum führenden Sektor der russischen Wirtschaft.⁴ Außer dem Handel mit Energieträgern kann man viele andere Bereiche finden, wo es eine rege deutsch-russische Zusammenarbeit gibt, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Die Russische Föderation strebt gute Beziehungen mit Deutschland an, das über eine dynamische Wirtschaft, großes finanzielles Potenzial sowie Hochtechnologien verfügt. Diese Zusammenarbeit betrachtet Russland als eine Investition in die Zukunft.⁵ Deutschland unterstützte Moskau seit vielen Jahren durch Direktinvestitionen und Kredite. Die Regierungszeit von Helmut Kohls Nachfolger Gerhard Schröder hat sich als eine Periode erwiesen, in der eine enge Zusammenarbeit zwischen Berlin und Moskau aufblühte. Die guten Beziehungen mit dem östlichen Partner waren oft wichtiger als die Beziehungen mit Polen und anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wurde Polen wieder mit einer realen Bedrohung seiner eigenen Interessen durch das immer engere Bündnis zwischen Deutschland und Russland konfrontiert.

Die Ära Schröder

In der Regierungszeit Schröders kam es zu einer bedeutenden Annäherung zwischen Russland und Deutschland. Die deutsch-russische Zusammenarbeit brachte nicht nur politische Erklärungen, sondern auch viele Projekte im wirtschaftlichen Bereich mit sich. Für Deutschland waren der direkte Zugang zu russischem Erdöl und Erdgas sowie generell die Versorgungssicherheit von großer Bedeutung. Deutschland betrachtete Russland auch als einen großen Absatzmarkt, besonders für seine Lebensmittel und Industrieprodukte. Russland wiederum ist an Deutschland als Absatzmarkt und Investor im russischen Energiesektor interessiert.⁶ Die umstrittene Gaspipeline durch die Ostsee, die Russland und Deutschland verbinden soll, ist das anschaulichste Beispiel für die wirtschaftliche Kooperation der beiden Partner. Außerdem entwickelte sich gerade in Schröders Amtszeit die so genannte „strategische Partnerschaft“ zwischen Deutschland und Russland. Putin wollte das Problem der Verschuldung Russlands im Westen sowie des russischen Zugangs zu den internationalen Finanzmärkten regeln. Zudem strebte man im Kreml eine stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen aus der EU (besonders aus Deutschland) an. Russland wollte auch seit Jahren der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten und brauchte dabei die Unterstützung von Verbündeten im Westen.⁷

⁴ E. Paszyc, I. Wiśniewska, *Gospodarka rosyjska pod rządami Putina. Czynniki wzrostu i hamulce rozwoju*, Warszawa 2005, S. 12.

⁵ S. Bieleń, W.M. Góralski, *Nowa tożsamość Niemiec i Rosji w stosunkach międzynarodowych*, Warszawa 1999, S. 220.

⁶ M. Menkiszak, I. Wiśniewska, A. Wilk, M. Jaroszewicz, P. Żochowski, T. Dąbrowski, P. Buras, *Stosunki Rosja–Niemcy w latach 1998–2005*, Warszawa 2006, S. 6.

⁷ Siehe auch E. Cziomer, *Polityka zagraniczna Niemiec*, Warszawa 2005, S. 229; C. Meier, *Deutsche Rußlandpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Kontinuität und Wandel*, in: E. Cziomer (Hg.), *Nowa rola*

Vor dem Kriegsausbruch im Irak bildeten Frankreich, Deutschland und Russland ein eigentümliches Bündnis, das den militärischen Einsatz im Irak vehement ablehnte. Diese Koalition wurde wegen der beteiligten Länder als „Bündnis Non Niet Nein“ bezeichnet. Am 10. Februar 2003 fand der erste Dreier-Gipfel statt, auf dem die drei Regierungschefs Jacques Chirac, Gerhard Schröder und Wladimir Putin eine Erklärung zur Irakrise unterzeichneten. Im April 2003 wurde auf dem Gipfel in St. Petersburg ein Dreier-Bündnis geschlossen, das als gegen eine US-amerikanische Dominanz gerichtetes interpretiert werden kann. Von Bedeutung war auch das Gipfeltreffen in Moskau im April des darauf folgenden Jahres, auf dem eine Reihe von Verträgen über eine militärische Zusammenarbeit bei der Waffenproduktion unterzeichnet wurde.⁸ Polen, das so wie Deutschland und Frankreich ein NATO-Mitglied ist, wurde wegen seiner Unterstützung des Irak-Kriegs kritisiert. Infolge der Teilung in Befürworter und Gegner der US-amerikanischen Außenpolitik fanden sich Warschau auf der einen und Berlin und Moskau auf der anderen Seite in verschiedenen Lagern wieder. Dass sich das Dreier-Bündnis noch verstärkte, beweist das Zusammenkommen von Putin, Chirac und Schröder auf der Sommerresidenz des russischen Präsidenten in Sotschi am Schwarzen Meer im Jahre 2004.⁹ Von ebenso großer Bedeutung waren die Gespräche in Sotschi über die Beziehungen zwischen Russland und der EU, vor allem wegen des Problems des Kaliningrad-Transits, d.h. der geplante visumfreie Verkehr für Russen, die nach Kaliningrad fahren oder es verlassen wollen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den EU-Mitgliedstaaten stellen einen weiteren relevanten Bereich dar. Diese Staaten sind sehr wichtige Handelspartner der Russischen Föderation und dabei auch Abnehmer von russischen Energieträgern. Der Plan, die Ostseepipeline zu bauen, entstand in Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und den an diesem Projekt interessierten EU-Mitgliedstaaten. Allerdings wurde schon 1997 eine Gasleitung durch die Ostsee geplant. Es ist offensichtlich, dass die geplante Pipeline das deutsch-russische Bündnis festigen sollte. Es entstand jedoch in einigen mitteleuropäischen Staaten der Eindruck, dass Russland sich durch diese Leitung der Transitgebühren entledigen und die Kontrolle über die Infrastruktur, die die Lieferung, Verteilung und Verarbeitung von Energieträgern ermöglicht, übernehmen wollte.¹⁰

Die geplante Pipeline soll an den mittel- und osteuropäischen Ländern vorbeilaufen, was deren heftigen Widerstand hervorgerufen hat, zumal der Vertrag unterzeichnet wurde, ohne Staaten wie Polen oder Litauen einzubeziehen. Außerdem ist das allzu deutliche Engagement des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder bedenklich, der zum Aufsichtsratsvorsitzenden des den Bau der Ostseepipeline koordinierenden Konsortiums *North European Gas Pipeline Company* (NEGPC) ernannt wurde. In Polen

międzynarodowa Niemiec, Krakowskie Studia Międzynarodowe, Nr. 4 (III), Kraków 2006, S. 224–225.

⁸ M. Rotulska, *Unia – nowy koalicjant Rosji i Chin?*, verfügbar auf: <http://www.polskiejutro.com> (abgerufen am 3.06.2007).

⁹ Dieses Treffen wurde als Zeichen der Unterstützung für Putin angesehen. Ału Ałachanow, der Kandidat des russischen Präsidenten und der Nachfolger des im Mai 2004 getöteten Kadyrow, gewann die umstrittenen Wahlen in Tschetschenien.

¹⁰ A. Łoskot, K. Pełczyńska-Nałęcz, *Rosjanie zdecydowani budować gazociąg przez Bałtyk?*, in: „Komentarze OSW” vom 28. Juli 2006, verfügbar auf: <http://www.osw.waw.pl/pub/koment/2005/07/050728.htm#top> (abgerufen am 10.10.2006).

steht dieses Projekt in den Augen vieler im Widerspruch zu den Interessen Polens und anderer Staaten. Die polnische Seite empörte vor allem die Tatsache, dass Deutschland als zweifacher Verbündeter im Rahmen der EU und der NATO ein derart wichtiges Projekt umsetzen will, ohne es mit Polen abzusprechen. Dabei gab es auch Pläne, eine Abzweigung der Pipeline nach Polen zu bauen. Wie der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexei Miller, sagte: „Alle Länder der Region können sich an die Nordpipeline, die Russland und Deutschland durch die Ostsee verbinden soll, anschließen.“¹¹ Die polnische Seite zieht diese Lösung allerdings nicht in Betracht, weil die Abzweigung ähnlich wie die gesamte Pipeline als eine unwirtschaftliche Investition betrachtet wird.

Gegenwart und Perspektiven

Die deutsch-russischen Beziehungen haben auch Einfluss auf die Beziehungen zwischen der EU und ihrem östlichen Nachbarn. Angesichts der für Polen ungünstigen Vereinbarungen zwischen Russland und Deutschland hat es als EU-Mitgliedstaat, der zwischen diesen beiden mächtigen Staaten liegt, allen Grund zur Beunruhigung. Deshalb wird diese Investition in Polen abgelehnt. Auch andere Staaten wie die baltischen Staaten und Schweden kritisierten das Vorhaben, wenngleich vorrangig aufgrund befürchteter negativer ökologischer Folgen. Das seit langem mit dem Kreml zerstrittene Estland kann den Bau der Pipeline nicht nur stark verzögern, sondern auch die Realisierung dieser Pläne wesentlich behindern.¹²

Während die polnisch-russischen Beziehungen in der Regierungszeit des polnischen Premierministers Kaczyński sehr angespannt waren, haben sich die zu Deutschland in gewisser Hinsicht verbessert. 2005 hat Russland ein Einfuhrverbot für polnisches Fleisch verhängt, weil Hygienestandards angeblich nicht eingehalten wurden. Polen brachte diesen Streit an die europäische Öffentlichkeit, indem es die Neuverhandlungen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit Russland blockierte, und trug dadurch zur „Internationalisierung“ des Problems bei, das bisher nur Russland und Polen betraf. Dies stärkte die Position Polens, weil die EU die polnische Seite im Streit unterstützte, was die Solidarität aller EU-Staaten bewies. Allerdings wirkte sich dies negativ auf die Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau aus. Berlin will nun schnell ein neues Abkommen zwischen Russland und der EU verabschieden.

Die deutsch-russische Zusammenarbeit verlief erfolgreich sowohl in der Regierungszeit von Gerhard Schröder als auch unter Angela Merkel. Zwar kann man konstatieren, dass sich die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland im Vergleich zur Regierungszeit des vorherigen Bundeskanzlers abkühlten. Es bleiben jedoch zahlreiche gemeinsame Interessen. Bemerkenswert sind die Worte

¹¹ *Baltycki gazociąg również do Polski?*, „Gazeta Wyborcza“ vom 31. März 2006, verfügbar auf: <http://www.wna.przykladpl/wiadomosci/8925.html> (abgerufen am: 10.10.2006), sowie Ł. Wojcieszak, *Uwarunkowania gospodarcze, demograficzne i społeczne Federacji Rosyjskiej jako wyznaczniki jej polityki zagranicznej*, in: E. Cziomer, M. Czajkowski (Hg.), *Polityka Federacji Rosyjskiej wobec państw członkowskich WNP*, Kraków 2006, S. 35–36.

¹² Ł. Zawistowski, *Nowa zimna wojna jak za czasów ZSRR*, „Gazeta Polska“, Nr. 19 (720) vom 9. Mai 2007.

des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl, der sagte: „Russland ist und bleibt der wichtigste Nachbar Deutschlands im Osten.“¹³ In der Regierungszeit von Merkel scheinen sich bisher auch die Beziehungen zu Polen zu verbessern; wenngleich Polen unter Jarosław Kaczyński eine härtere Außenpolitik betrieb als sein Vorgänger – sowohl Deutschland als auch der EU gegenüber. Merkel sagte dazu: „Politisch werden ich und die Bundesregierung alles dafür tun, dass nicht der Eindruck verfestigt wird, man bräuchte die Ostsee-Pipeline, um andere Länder irgendwie auszugrenzen.“¹⁴ Der Gipfel in Samara zeigte, dass die Europäische Union in der Lage ist, eine einheitliche Position einzunehmen: Das Problem des Importverbots für polnisches Fleisch nach Russland wurde zu einer Streitfrage zwischen der ganzen EU und Russland. Diesen Konsens innerhalb der EU brachte die Bundeskanzlerin Merkel während ihrer Rede auf dem erwähnten Gipfel klar zum Ausdruck; sie lehnte die Auffassung ab, dass der Streit um das polnische Fleisch nur von Moskau und Warschau entschieden werden soll. Dieses Problem sei eine Angelegenheit der EU, stellte Merkel klar.¹⁵

Ein anderes Beispiel für die deutsch-russische Zusammenarbeit ist eine Vereinbarung zwischen der Deutschen Bahn und der Russischen Eisenbahn RZD über die Einrichtung der Eisenbahnfährverbindung zwischen den Häfen Sassnitz/Mukran (Rügen) und Baltijsk im Kaliningrader Gebiet. Diese Verbindung wurde letztendlich im März 2007 eingerichtet. Die Idee wurde aufgegriffen, weil die Zusammenarbeit mit der überlasteten Polnischen Bahn PKP für Deutschland nicht zufriedenstellend war. Zwar kann man das deutsch-russische Projekt der Eisenbahnfährverbindung nicht mit der Ostseepipeline vergleichen, doch kann dieses gemeinsame Projekt als Ausdruck der guten Beziehungen zwischen Berlin und Moskau betrachtet werden.

Zudem ist der Warenumsatz zwischen Deutschland und Russland stark gestiegen. Daher wollen beide Länder den Bahntransit durch Polen einschränken, weil dort ihrer Meinung nach die Zollabfertigung der Waren erschwert wird. Das polnische Verkehrsministerium und die polnische Bahn PKP bestreiten, dass dies der tatsächliche Grund für dieses Projekt sei.¹⁶ Der Oblast Kaliningrad hat eine besondere Bedeutung für die deutsch-russischen Beziehungen. Sie ist eine russische Enklave innerhalb des Territoriums der EU und teilt eine direkte Grenze mit Polen. Dies schafft nicht nur die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in vielen Bereichen sondern auch Probleme: Beispielsweise hat das 750. Jubiläum der Gründung Kaliningrads, zu dem Vertreter Polens nicht eingeladen wurden, die polnisch-russischen Beziehungen getrübt.¹⁷ Noch 2002 hat der damalige Kaliningrader Gouverneur alle Staaten des Ostseerates aufgeru-

¹³ Vgl. <http://www.onet.pl-wiadomosci-PAP,msu/13.10.2005> (abgerufen am 30.04.2006).

¹⁴ *Wsparcie dla Polski*, „Dziennik Polski“ vom 13. Januar 2007, verfügbar auf: <http://www.dziennik.krakow.pl/public/?2007/01.13/Swiat/01/01.html> (abgerufen am: 31.05.2007).

¹⁵ *Szczyt w Samarze bez efektów*, „Wprost“ vom 18. Mai 2007, verfügbar auf: <http://www.wprost.pl/ar/?O=106675> (abgerufen am: 29.05.2007).

¹⁶ Siehe A. Rybińska, P. Jendroszczyk, A. Pisalnik, *Pociągi z Niemiec do Rosji popłyną przez Bałtyk*, „Polish American Congress“ 2006, verfügbar auf: <http://www.polishamericancongressnj.org/PociągiOmina-Polske.htm> (abgerufen am 1.07.2007).

¹⁷ Erwähnenswert ist dabei die Tatsache, dass dieses Jubiläum auch für Russland ein wichtiges Ereignis war; Putin plante 11 Milliarden Rubel in die Feier zu investieren, vgl. S. Voß, *Zaghafter Aufbruch*, „Spiegel online“ vom 7. März 2003, verfügbar auf: <http://www.spiegel.de/reise/staedte/0,1518,239034,00.html> (abgerufen am: 22.02.2005).

fen, die 750-Jahr-Feier Kaliningrads im Jahre 2005 finanziell zu unterstützen.¹⁸ An den Feierlichkeiten haben aber schließlich nur die Staatsoberhäupter Russlands, Deutschlands und Frankreichs teilgenommen.

Die Wahlen im Oktober 2007 haben die Machtverhältnisse auf der politischen Bühne Polens geändert. Die neue Regierung hat das Bedürfnis geäußert, die Beziehungen sowohl mit Deutschland als auch mit Russland zu verbessern. Der Wahlsieg der liberalen Bürgerplattform (PO), also einer pro-europäischen Partei, wurde von den westlichen, inklusive der deutschen, als auch den russischen Medien mit Begeisterung aufgenommen. Die ersten Entscheidungen zeigen, dass die neue Regierung, wie in der Wahlkampagne angekündigt, verbesserte Beziehungen mit Moskau und Berlin anstrebt. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war, dass Polen seine Blockade bei den Verhandlungen Russlands mit der OECD auflöste. Kurz darauf hatte Russland beschlossen, sein Embargo für polnisches Fleisch aufzuheben. Man kann also hoffen, dass auch andere langjährige Probleme überwunden werden und so eine weitere Verbesserung der polnisch-russischen Beziehungen ermöglicht wird. Die deutsch-polnischen Beziehungen waren zwar in den letzten Jahren nie so kompliziert wie die polnisch-russischen, aber sie sind noch immer nicht so gut wie erwartet (wie z.B. durch den Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen).

Es besteht aber Anlass zur Hoffnung: Nach der relativen Verbesserung der Beziehungen mit Russland wird es künftig leichter sein, auch die zu Deutschland zu verbessern. Ein wichtiges Zeichen seitens Deutschlands war die Unterstützung Polens durch den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier in seinem Streit mit Russland über die russische Blockade der Pilawa-Meerenge.¹⁹ Der deutsche Politiker hatte – im Interesse Polens – die Behörden in Moskau gebeten, die Schifffahrt durch die Pilawa-Meerenge wieder zu ermöglichen. Deutschland fördert auch das Programm der Ostpartnerschaft, das eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und einigen ehemaligen sowjetischen Republiken (der Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien, Aserbaidschan und sogar Belarus) anstrebt.²⁰ Steinmeier hat die polnische Initiative begrüßt und sieht sie als Fortsetzung der deutschen Idee der Europäischen Nachbarschaftspolitik während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007. In seinen Augen wird es zur politischen Stabilität Osteuropas beitragen.²¹ Die Idee der Ostpartnerschaft steht im Widerspruch mit der russischen Vorstellung einer Vorherrschaft Moskau in den ehemaligen sowjetischen Republiken.

¹⁸ Der Gouverneur Jegorow hatte damals gesagt: „Ich bin überzeugt, dass sich jeder von uns Mühe geben wird, um die Idee der 750-Jahr-Feier Kaliningrads zu verwirklichen. Wenn alle Ostseestaaten ihren Beitrag zur Veranstaltung dieser Feier leisten, wird Kaliningrad zum Symbol der Integration“, in: *Kasjanow/Kaliningrad nie może być ślepym zaułkiem Europy*, „Europejski Serwis Polskiej Agencji Prasowej“ vom 6. März 2002, verfügbar auf: <http://old.euro.pap.pl/cgi-bin/europap.pl?ID=33226> (abgerufen am: 28.10.2006).

¹⁹ Im Mai 2006 haben die russischen Behörden den polnischen Schiffen verboten, auf dem russischen Teil des Frischen Haffs zu segeln. Dieses Problem beschreibt D.R. Bugajski in seinem Artikel: *Polska i międzynarodowa żegluga w Cieśninie Pilawskiej*, „Polski Przegląd Dyplomatyczny“ 2006, Nr. 4, S. 67–93.

²⁰ Vgl. K. Krohn, *Wenig EU und viel Historie – das Programm für Merkels Polen-Besuch*, „Der Tagesspiegel“ (abgerufen am: 16.06.2008).

²¹ A. Dubas, A. Kozłowska, K. Kłysiński, J. Gotkowska, W. Rodkiewicz, P. Wołowski, *Pierwsze reakcje na inicjatywę Wschodniego Partnerstwa*, „Tydzień na wschodzie“ 2008, Jg. 52, Nr. 12 vom 28. Mai, S. 10, verfügbar auf: <http://osw.waw.pl/files/tmw52.pdf> (abgerufen am: 20.10.2008).

Abschlussbemerkungen

Die deutsch-russischen Beziehungen haben einen großen Einfluss auf die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Warschau. Letztere sollte jedoch im Lichte der EU-Mitgliedschaft beider Staaten betrachtet werden. Unter Schröder unterließ die deutsche Diplomatie jedoch nicht nur, den russischen Aktivitäten, die anderen EU-Mitgliedstaaten schaden können, entgegenzuwirken, sondern unterstützte sogar diese, wie z.B. in Form des Baus der Ostseepipeline. Die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel zieht sich zwar aus der Investition nicht zurück, aber man kann bei ihr eine größere Bereitschaft erkennen, diese Frage mit den anderen Staaten abzustimmen. Der Politikwechsel Merkels kann auch damit erklärt werden, dass Berlin eine schnelle Einigung in Bezug auf den Vertrag von Lissabon erreichen wollte. Die Unterstützung Polens war für dieses Projekt notwendig. Andererseits existieren auch nach dem Machtwechsel weiterhin Konflikte zwischen Berlin und Warschau.

Eine deutsch-polnische Zusammenarbeit kann mittelbar auch die Beziehungen zwischen Polen und Russland positiv beeinflussen – und zwar dann, wenn Russland akzeptiert, dass Deutschland und Polen sich nicht ausspielen lassen und eine enge Kooperation mit Deutschland nur über gute Beziehungen zu Polen möglich sind. Angesichts erster Signale aus Berlin zu einem Politikwechsel gibt es dafür durchaus Chancen. Es ist wichtig, Vorurteile und Misstrauen zu überwinden und sich auf die wichtigen und weit reichenden Ziele zu konzentrieren, so wie es in den deutsch-russischen Beziehungen der Fall ist. Eine Bestätigung dafür, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen verbessern, war das Treffen der beiden Außenminister Sikorski und Steinmeier in der Privatresidenz des polnischen Ministers im April 2008. In einer sich zunehmend integrierenden EU sollten Polen und Deutschland Kooperationsbereitschaft zeigen, um die wesentlichen Probleme gemeinsam zu lösen und eine gemeinsame Politik gegenüber ihrem so wichtigen Nachbarn im Osten anzustreben.

Ein deutsch-russisches „Bündnis“ (wenn auch ohne Frankreich) scheint ebenfalls in Zukunft fortzubestehen. Dieses gewann nach der Machübernahme Putins an Substanz – und zwar unabhängig davon, wer in Berlin regierte. Die innenpolitische Stärke des russischen Präsidenten Putin – was die Parlamentswahlen im Dezember 2007 demonstriert haben – deutet darauf hin, dass sich die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin auch weiterhin nicht wesentlich ändern werden. Statt eines Konfrontationskurses (wie häufig in der Geschichte) haben diese Länder nun den einer fruchtbaren Zusammenarbeit gewählt. Der Beweis für dessen Beständigkeit ist eine gemäßigte Reaktion der deutschen Regierung auf die russische Intervention im Kaukasus im August 2008. Polen muss – insbesondere in Bezug auf die Ostseepipeline – die Aktivitäten jener Partnerschaft aufmerksam beobachten. Warschau sollte sich jedoch zum Ziel seiner Politik setzen, möglichst gute Beziehungen zu diesen Staaten aufrechtzuerhalten und gleichzeitig um Unterstützung im Rahmen der EU zu werben, die Polen und Deutschland immer stärker miteinander verbindet.